

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 87

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

Mehr Demokratie wagen	2
Behindertenrechtskonvention	3
Ramsauers Investitionsstau	3
Persönlich gesehen	4

Glücksspielsucht eindämmen!

Vom Glücksspiel an Geldspielautomaten geht eine sehr hohe Suchtgefahr aus. In den letzten Jahren haben sich Spielhallen massiv ausgebreitet, bundesweit gibt es etwa 500.000 pathologische, also krankhafte Glücksspieler. Als Drogenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion habe ich deswegen den Antrag „Glücksspielsucht eindämmen“ vorgelegt, den unsere Fraktion bereits beschlossen hat.

Statt die Branchenlobby zu bedienen, wie es Schwarz-Gelb will, brauchen wir eine deutliche Ausweitung des Spielerschutzes. Zumal die Sucht nicht nur Süchtige betrifft, sondern auch deren Familie - durch Spielsucht kann eine Spirale aus Lügen, Schulden, Kriminalität bis hin zum Suizid entstehen.

Neben einer „Entschärfung“ der Automaten durch niedrigere Gewinne und Verluste fordern wir u.a. mehr Möglichkeiten für Kommunen, sich gegen die Ansiedlung von Spielhallen zu entscheiden, die Möglichkeit für Süchtige, sich sperren zu lassen, sowie Transparenz über tatsächliche Gewinnchancen.

Wie geht es weiter mit der Pflege?

Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft und einer teilweise pflegerischen Unterversorgung, besonders bei Menschen mit Demenzerkrankung, gibt es in der Pflegeversicherung reichlich Handlungsbedarf. Während Schwarz-Gelb schon mehrfach eine Reform angekündigt hat, ohne dass Taten gefolgt sind, hat die SPD nun ihre Forderungen und Vorschläge vorgelegt.

Bürgerversicherung Pflege

Mit der Bürgerversicherung wollen wir alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbeziehen und die Lasten fairer verteilen. Die von Schwarz-Gelb geplante „verpflichtende, private Zusatzversicherung“ ohne Arbeitgeberbeteiligung lehnen wir ab.

Pflegebedürftigkeitsbegriff

Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss reformiert werden. Statt 3 soll es 5 Pflegestufen geben. Psychische Beeinträchtigungen wie Demenz sollen stärker berücksichtigt werden. Die Pflegeforschung wollen wir ausbauen.

Ausbau der Pflegeberatung

Pflegeberatung durch unabhängige Pflegestützpunkte wollen wir - mit Einbeziehung der Wohnberatung - ausbauen.

Wohnumfeld

Die Zuschüsse zur Verbesserung des Wohnumfeldes von Pflegebedürftigen wollen wir von 2.557 auf 5.000 Euro erhöhen. Das Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ wollen wir stärken.

Förderung des Ehrenamts

Ehrenamtliches Engagement in der Pflege wollen wir durch Pflegekurse, aufsuchende Beratung und eine Stärkung der Selbsthilfeförderung ausbauen. Kleinere Auszeiten (Kurzzeitpflege) sollen zur Entlastung der Pflegenden besser unterstützt werden.

Lohnersatzleistungen

Angehörige sollen bei plötzlicher Pflegebedürftigkeit 10 Tage lang Lohnersatz erhalten. Wir wollen zudem einen Rechtsanspruch auf ein flexibles Zeitbudget mit Kündigungsschutz und Lohnersatz einführen, das auch zeitlich in Abschnitte unterteilt oder über einen längeren Zeitraum gestreckt werden kann. Pflegezeiten wollen wir rentenrechtlich höher bewerten.

Finanzierung der Ausbildung

Die Ausbildung in der Pflege muss bundesweit gebührenfrei sein. Dazu wollen wir eine bundeseinheitliche Ausbildungsplatzumlage der Pflegebranche und die Abschaffung des von Auszubildenden selbst zu zahlenden Schulgeldes. Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir stärken.

Kommunen

Regionale Pflegekonferenzen sollen den Ausbau der Pflegeinfrastruktur vor Ort gestalten. Die Pflegekassen sollen in den nächsten Jahren 500 Mio. Euro für den Aufbau von Pflegeinfrastruktur zur Verfügung stellen.

Prävention und Rehabilitation

Dem Rechtsanspruch auf medizinische und geriatrische Rehabilitation wollen wir zur Durchsetzung verhelfen. Dazu sollen u.a. die Reha-Anträge gebündelt und unabhängig geprüft werden.

Mehr Demokratie wagen!

Angesichts der dauerhaften Diskussion um **Politikverdrossenheit** und zunehmenden Protesten gegen Verkehrsprojekte (Stuttgart 21 = Inntal 21?) brauchen wir eine Diskussion über die politische Mitbestimmung. Dazu hatte ich in Rosenheim jetzt zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, an der neben mir **Maria Noichl** MdL, **Abuzar Erdogan** vom Stadtjugendring unsere Kreisvorsitzende **Dagmar Levin** und der stellvertretende Kreisvorsitzende **Alexander Molitor** teilnahmen (siehe Bild). Die Möglichkeiten der Mitbestimmung möchte ich Euch vorstellen und deren Perspektiven kommentieren:



Petitionen: Petitionen sind bisher die einzige Form direkter Demokratie auf Bundesebene. Wer ein Anliegen oder eine Beschwerde hat, kann eine Petition einreichen oder bestehende unterstützen, seit 2005 auch **online** (siehe: <https://epetitionen.bundestag.de>) Erreicht eine **Massenpetition** in 3 Wochen mehr als 50.000 Unterschriften, wird sie öffentlich beraten. Der **Petitionsausschuss** gibt der Bundesregierung eine Beschlussempfehlung. In der Praxis fließen Petitionen mitunter auch schon während der Beratung in Anträge der Fraktionen im Bundestag ein - sie sind also auch **Anregungen** für die Gesetzgebung.

Volksbegehren-Volksentscheid: Volksentscheide sind bisher nur auf Landesebene möglich. Der **Antrag** auf ein Volksbegehren muss in Bayern von mindestens 25.000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Innerhalb von 2 Wochen müssen sich dann mindestens 10 % der Stimmberechtigten als Unterstützer finden. Wird das geschafft, dann wird das Volksbegehren zum **Volksentscheid** (außer wenn der Landtag unverändert annimmt), bei dem alle Stimmberechtigten über den Gesetzentwurf mit Ja oder Nein abstimmen. In Bayern braucht ein Volksentscheid zum Erfolg die einfache Mehrheit sowie eine Zustimmung von mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten.

Für **Volksentscheide auf Bundesebene** wäre eine Änderung des

Grundgesetzes mit 2/3-Mehrheit notwendig. Entsprechende Vorstöße der SPD sind bisher am schwarz-gelben Widerstand gescheitert. Die SPD schlägt ein dreistufiges Verfahren mit **Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid** vor. Nicht als Ersatz sondern als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Die Volksinitiative ist dabei mit einer Petition vergleichbar. Lehnt das Parlament diese ab, kann es mit genügend Unterstützern zum Volksbegehren kommen. Ist dies erfolgreich, kommt es als Volksabstimmung zur Abstimmung.

Bürgerbegehren: Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene sind für kommunale Angelegenheiten zulässig. Das Bürgerbegehren muss bei der Gemeinde eingereicht werden, eine mit Ja oder Nein zu entscheidende Fragestellung sowie eine Begründung enthalten und je nach Gemeindegröße von mindestens 3% bis 10% der Gemeindebürger unterschrieben sein. Zum Erfolg braucht es dann die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Diese Mehrheit muss in Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern z.B. mindestens 20% aller Wahlberechtigten betragen.

Wahlrecht: Ausländern, die seit mindestens 6 Jahren in Deutschland leben, wollen wir das **kommunale Wahlrecht** gewähren. Diese Forderung zugunsten der Integration hatten wir bereits im Wahlprogramm. Ausländer aus EU-Staaten haben das Wahlrecht

bereits. Umstritten ist die Frage nach der **Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre**. In einigen Bundesländern wurde diese Senkung für Kommunalwahlen bereits vollzogen, in Bremen auch für die Landtagswahl, in anderen Ländern wird dies diskutiert.

Jugend und Senioren: Die Vertretung der Interessen älterer sowie junger Menschen in Gemeinden kann durch Senioren- oder Jugendparlamente erfolgen, für deren Einführung ich auch bei uns in der Region werbe. In Berlin wurden bereits alle Bezirksämter durch ein **Seniorenmitwirkungsgesetz** zur Einrichtung von bezirklichen Seniorenvertretungen verpflichtet. In Ländern ohne ein solches Gesetz, wie bei uns in Bayern, können Gemeinden sowohl zur Beteiligung Jugendlicher als auch der Älteren freiwillig aktiv werden. Einen Seniorenbeirat gibt es z.B. auch in Rosenheim. Als Landesvorsitzende der AG 60 plus setze ich mich für ein bayerisches **Seniorenmitwirkungsgesetz** ein und werbe in allen Kommunen - gerade auch vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft - für die Beteiligung der Älteren als auch der Jüngeren.

Migrationshintergrund: Umstritten sind Ausländer- bzw. **Integrationsbeiräte** und die Frage nach ihrer Notwendigkeit. Das wurde zuletzt bei einer Diskussionsveranstaltung der SPD-Innenstadt in Rosenheim deutlich. (weiter S. 3)

UN-Behindertenrechtskonvention

...Fortsetzung Mitbestimmung

Ich halte sie für eine gute Möglichkeit, um insbesondere integrationspolitische Belange (Sprachförderung, interkultureller Dialog) in Gemeinden voranzubringen.

Planungsdialoge: Diese sind eine neue Form der Beteiligung Betroffener bei der Planung von großen Verkehrsvorhaben. Der Planungsdialog im Rahmen des Ausbaus der A 8 zwischen Rosenheim und Salzburg war ein erster Schritt zur Einbeziehung der Anlieger(-gemeinden). Aufgeteilt in **regionale Planungsgruppen** mit einer **überregionalen Lenkungsgruppe** sollte im Dialog ein Kompromiss entstehen, wie der konkrete Lärmschutz vor Ort ausgestaltet wird. In der Praxis hat das leider so nicht funktioniert. Die einbezogenen Gemeinden und Bürgerinitiativen kritisieren, dass ihre Forderungen von der Lenkungsgruppe übergangen wurden. Das liegt wohl auch daran, dass es bei diesem Verfahren **bisher an klaren Vorgaben mangelt**. Ein Zukunftsmodell für die Beteiligung bei Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben (z.B. auch Stromtrassen) können Planungsdialoge daher nur sein, wenn wir diese Form mit klaren Regeln ausgestalten, an die alle Teilnehmer gebunden sind. Dabei muss vorher festgelegt sein, wie was bewertet wird (z.B. Kosten, Lärminderung, Auswirkungen auf das Landschaftsbild...) und dass am Ende die Variante gewählt wird, die ganz transparent die meisten Punkte in der Bewertung erhält. Solche klaren Regeln brauchen wir auch vor einem Planungsdialog im **Inntal** (Brennerzulauf).

Ich bin ein bekennender Willy Brandt-Fan und spreche mich daher dafür aus, mehr Demokratie zu wagen!

Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste politische Kraft in Berlin eine umfassende Positionierung zur Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** vorgelegt. Deutschland hatte sich Anfang 2009 mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der Konvention dazu verpflichtet, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen sowie deren gesellschaftliche Teilhabe deutlich zu verbessern.

Ich war als Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppe an dem Papier beteiligt. Das in Zusammenarbeit mit Experten und Verbänden entstandene **Positionspapier** fordert ein Gesamtkonzept:

Im Sinne eines „**Disability Mainstreaming**“ sollen Gesetze stets auf deren Auswirkungen geprüft werden, wenn sie Menschen mit Behinderung direkt betreffen.

Wir wollen das grundsätzlich neue Leitbild der **Inklusion** umsetzen. Das betrifft auch den Bildungsbereich, von der vorschulischen Bildung über den **gemeinsamen Schulbesuch** bis hin zum Studium. Die bisher oft vorhandene Ausgrenzung von Kindern mit

Behinderung aus dem allgemeinen Schulsystem müssen wir beenden. **Leistungen für Kinder wollen wir unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe** zusammenzufassen, und das Wirrwarr der Zuständigkeiten beenden.

Selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, persönliche Mobilität und Assistenz - in diesem Sinne wollen wir das Sozialgesetzbuch IX weiterentwickeln und dabei die Bedürfnisse stärker in den Mittelpunkt stellen. Die **Eingliederungshilfe** wollen wir aus der Sozialhilfe herausholen.

Ein wichtiges Thema ist auch die **Mobilität**. Auch bei uns in der Region sind zum Beispiel viele kleinere Bahnhöfe kaum für Menschen mit Behinderungen nutzbar. Das wollen wir durch neue gesetzliche **Vorgaben** und **Förderprogramme** ändern. Es geht uns zudem um **barrierefreie Gemeinden** und **barrierefreies Wohnen**. Wir wollen nicht zuletzt den Ausbau und die stärkere Förderung der **Selbsthilfe**.

Wir kämpfen nun für die Umsetzung!

Ramsauer und sein Investitionsstau

Seit Amtsantritt von **Peter Ramsauer (CSU)** als Bundesverkehrsminister herrscht bei uns in der Region Stillstand bei der Umsetzung wichtiger Verkehrsvorhaben.

Die **Rosenheimer Westtangente (B 15)** wartet nur noch auf die Freigabe der Bundesmittel - und das jetzt schon seit Herbst 2010. Zuerst hieß es aus dem Bundesverkehrsministerium, dass man vor einer Entscheidung über Olympia in München gar nichts festlegen könne. Doch auch nach der Entscheidung bleibt der Baubeginn völlig unklar.

Die von uns noch in der Regierungszeit durchgesetzte Sanierung der **Inntalautobahn** mit lärmmindernden Asphalt in Fahrtrichtung Inntaldreieck (Kosten: 36 Mio. Euro) ist nun seit Ende 2010 baureif. 2011, so wurde mir mitgeteilt, habe es leider keine Haushaltsmittel dafür gegeben. Aktuell ist „frühestens“ 2012 im Gespräch. Für die Planungen zum **Brennerzulauf** gebe es bisher ebenfalls noch kein Geld vom Minister, teilte mir die Bahn mit.

Die Folge von Ramsauers Untätigkeit: Ein massiver Investitionsstau in der Region!

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

alle drei Jahre schreibe ich meinen **Rechenschaftsbericht**, den Ihr auch gerne in meinem Büro anfordern könnt (auch per E-Mail). Meine Arbeitsbereiche sind weiterhin vielfältig. Im Rahmen meiner Wahlkreisarbeit kümmere ich mich um die **lokalen Projekte und Probleme** von der Arbeitsagentur bis hin zu Verkehrsvorhaben, zeige (SPD-)Präsenz auf Veranstaltungen und informiere mich vor Ort bzw. treffe mich zum Austausch - z.B. im Rahmen von Besuchen in sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Kliniken, Altenheime), Betriebsbesichtigungen oder bei Gesprächen mit Bürgerinitiativen und Vereinen. Ich beantworte **Bürgerbriefe** (jährlich mittlerweile rund 350), verfasse **Pressemittelungen** (allein in diesem Jahr schon über 100) und organisiere **Berlin-Fahrten** für politisch Interessierte und Schulklassen (rund 800 Schüler) aus dem Wahlkreis sowie zahlreiche politische **Informations- und Diskussionsveranstaltungen** vor Ort.

Im Bundestag gab es bei mir nach der Bundestagswahl eine wesentliche Veränderung. Ende 2009 wechselte ich vom Familien- in den **Gesundheitsausschuss** und wurde 2010 zur **Drogenbeauftragten** der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Die Arbeit ist spannend und arbeitsreich. Als gesundheitspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag „toure“ ich zudem in letzter Zeit viel in Bayern, um vor Ort unsere Vorschläge für eine Bürgerversicherung vorzustellen und für sozialdemokratische Gesundheitspolitik zu werben. Im **Menschenrechtsausschuss** bin ich weiterhin, seit Ende 2009 auch Co-Vorsitzende der **Task Force Afghanistan - Pakistan** der Fraktion. Hinzu kommt meine Parteiarbeit.

Hier ein kleiner Auszug aus meiner „Bilanz“ seit September 2008:

- **29 Reden im Bundestag**
- **9 Anträge für die Fraktion** federführend erstellt (u.a. Glücksspielsucht, Integration von Sinti und Roma, Potenziale der Prävention, Potenziale des Alterns, Menschenrechte im Iran), **2 als Co-Autorin** (Mehrgenerationenhäuser erhalten, Menschenrechtsverteidiger schützen), **5 Kleine Anfragen der Fraktion** (Drogen- und Suchtpolitik, Prävention, Politik für Heilbäder und Kurorte, Glücksspiel, Fünfter Altenbericht)
- **33 mal** als Referentin für **SPD-Veranstaltungen** außerhalb des Wahlkreises (meist zum Thema Gesundheit innerhalb Bayerns) und **27 mal** Referentin für **60 plus-Veranstaltungen**, meist in Bayern
- **18** größere Veranstaltungen im Wahlkreis organisiert (z.B. „Steuern - einfach und gerecht?“ Rosenheim/2011, „Wege aus der Zwei-Klassen-Medizin“ Wasserburg/2011, „Erneuerbare Energien ausgebremst?“ Raubling/2010, „Wie teuer wird unsere Gesundheit?“ Prien/2010)

Das alles kann ich natürlich nicht alleine machen. Deswegen möchte ich mich herzlich bei meinem Team bedanken als auch bei Euch, die Ihr meine Veranstaltungen unterstützt, besucht und zum Gelingen beiträgt, für die vielen Rückmeldungen zu unterschiedlichen Themen, auf die ich für meine Arbeit angewiesen bin und dafür, dass Ihr mich und die SPD in guten wie in schlechten Zeiten unterstützt! Wenn bei Euch der Schuh drückt, zögert nicht, auf mich zuzukommen - Ihr könnt Euch auch gerne melden, wenn Ihr Vorschläge für Veranstaltungen, Besuche oder Aktionen habt!

Eure Angelika